

M. M. 2011



„Spekulationsverbot“ einstimmig beschlossen (Wakolbinger)

## Land erlaubt nur noch risikolose Kredite

**LINZ.** Man habe für „klare Regeln“ gesorgt, lobten sich die Landtagsabgeordneten gestern selbst: Das Gesetz, das Gemeinde-Spekulationsgeschäfte verhindern soll, wurde einstimmig beschlossen.

Seit April war im Ausschuss über ein gesetzliches „Spekulationsverbot“ beraten worden – Auslöser war das desaströse Swap-Geschäft der Stadt Linz. Im Endeffekt wurde aus einem „Spekulationsverbot“ eher ein „Kredit-Erlaubnisgesetz“ mit streng definierten Bedingungen, welche Finanzgeschäfte gestattet sind, welche vom Land genehmigt werden müssen – und welche in der Praxis unmöglich werden, weil sie nicht in einer „Positivliste“ des Landes stehen.

### Was erlaubt ist

„Ein System, zu dem uns die Experten geraten haben“, so VP-Klubobmann Thomas Stelzer. Die Positivliste und auch die Details einer Gesamt-Risikoanalyse, die Gemeinden für alle Rechtsgeschäfte erstellen werden müssen, werden bis 1. April 2012 in einer Verordnung festgelegt. Dann tritt auch die gestern beschlossene Änderung der Gemeindeordnung und der Stadtstatute in Kraft: Grundsätzlich erlaubt werden nur noch „Darlehen, die auf Euro lauten, für die ein fixer oder ein an einen

Euribor-Zinssatz gebundener Zinssatz vereinbart ist und die nicht endfällig sind“.

Auch diese Darlehen dürfen Gemeinden nur unter bestimmten Bedingungen aufnehmen, ohne die Gemeindeaufsicht um Erlaubnis fragen zu müssen. Nämlich dann, wenn der Schuldenstand nicht über ein Viertel des ordentlichen Haushalts (OH) steigt.

Für Statutarstädte lautet die Einschränkung: Die Neuverschuldung darf nicht mehr als zehn Prozent des OH ausmachen, oder der Gesamt-Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) nicht mehr als 15 Prozent. Alle Darlehen darüber hinaus brauchen die Genehmigung des Landes.

„Vor allem für die Städte wurden die Bedingungen verschärft“, sagt Stelzer, „solche Grenzen gab es für sie bisher nicht.“

„Wir sehen das Gesetz auch als ein Signal an den Banken- und Finanzsektor, dass die öffentliche Hand spekulative Geschäfte ablehnt“, sagte SP-Klubobfrau Gertraud Jahn. Sie wäre für ein „generelles Spekulationsverbot“, auch im privaten Bereich.

FP-Klubobmann Günther Steinkellner sprach von einem „Meilenstein für den Schutz von Steuergeld“, Grünen-Klubchef Gottfried Hirz von einem „praktikablen Weg, Spekulationen zu unterbinden“.